

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad, Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- u. Feiertags. Bezugspreis monatl. M. 10.—, vierteljährl. M. 30.— frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im innerdeutschen Verkehr 33.— einschl. Postbestellgeld. Einzelnummern 50 Pfg. = Girokonto Nr. 50 bei der Oberamtspostkasse Remondshaus, Zweigstelle Wildbad. Bankkonto: Direction d. Discountges., Zweigst. Wildb. Postcheckkonto Stuttgart Nr. 29174.

Anzeigenpreis: Die einpaltige Zeile ober deren Raum M. 1.20, auswärts M. 1.50. : : Reklamezeile M. 4.—. Bei größeren Aufträgen Rabatt nach Tarif. Für Offerten u. bei Auskunfterteilung werden jeweils 1 M. mehr berechnet. Schluß der Anzeigenannahme: täglich 8 Uhr vormittags. : In Konkursfällen oder wenn gerichtliche Beitreibung notwendig wird, fällt jede Nachlagewährung weg.

Druck der Buchdruckerei Wildbader Tagblatt; Verlag und Schriftleitung Th. Gatz in Wildbad.

Nummer 51

Februar 179

Wildbad, Donnerstag, den 2. März 1922

Februar 179

57. Jahrgang

Tagespiegel.

Die Abrechnungen über die endgültigen Einnahmen und Ausgaben des Reichshaushalts für das Rechnungsjahr 1921 ergaben einen Fehlbetrag von über 92 Milliarden Mark.

Die Verhandlungen über Groß-Hamburg haben in Berlin begonnen.

Am Montag ist in Paris die 5. deutsche Ratenzahlung von 31 Millionen Goldmark auf das deutsche Reparationskonto für 1922 erfolgt.

Tittoni wird als italienischer Vertreter nach Genua gehen. Er wird wahrscheinlich auch den Vorsitz führen.

Die Vorbesprechungen der Finanzminister von England, Frankreich, Belgien und Italien sollen am 8. oder 9. März in Paris stattfinden.

Bei seiner Durchreise durch Paris hatte der neue italienische Außenminister Schanzer eine kurze Unterredung mit Poincaré.

Die baltischen Außenminister werden am 12. März in Warschau zu einer Konferenz zusammentreten.

Nach einer von Lloyd George im Unterhaus abgegebenen Regierungserklärung ist das britische Protektorat über Ägypten aufgehoben. England behält sich die Sicherung der eigenen und der ägyptischen Interessen gegen fremde Einmischung vor.

Die amerikanischen Schiffswerkstätten haben den Auftrag zum Bau von 111 U-Booten erhalten.

Vorbereitungen für Genua.

Man mag nach den Nachrichten über die Besprechung des englischen mit dem französischen Ministerpräsidenten pessimistisch sein oder Optimist, eines leuchtet jedenfalls sofort ein: die laut gepriesene außerordentliche Befriedigung der beiden Staatsoberhäupter ist nicht vorhanden, zum mindesten nicht in dem angabebenen Maße. Bekanntlich wurde in Boulogne festgestellt, daß alle Vertragsabschlüsse mit Rußland, welche die baltischen Staaten, Finnland und Polen vorgenommen hatten, von den großen Alliierten nicht unbedingt anerkannt werden müßten. Dieser Beschluß ist nicht vollkommen klar, denn wären alle diese Friedensschlüsse mit Rußland wiederum in Frage gestellt, so würden sich daraus Folgerungen von unabsehbarer Tragweite und Schwere ergeben.

Die Erlösge Poincarés werden — selbst in der französischen Presse — recht skeptisch kommentiert. „Devore“ meint, es werde heute eine „Briand'sche Politik ohne Briand“ getrieben, ein Zugeständnis, das sehr viel besagen will.

Die schriftlich fixierten Beschlüsse von Boulogne sind der italienischen Regierung übermittelt worden, die nunmehr ihr Einverständnis zur Eröffnung der Genuaer Konferenz zu geben hat. Der Erfolg von Boulogne liegt lediglich in dem Einverständnis Frankreichs, die Konferenz von Genua zu beschicken.

Es werden nun Vorverhandlungen gepflogen werden zwischen den Finanzministern von Frankreich, Belgien, England und Italien, deren Beginn auf den 8. oder 9. März festgesetzt werden soll. Die Tagung wird in Paris stattfinden, es ist dies eine Notwendigkeit besonders insofern, als eine Besprechung erforderlich ist, bevor der Wiederherstellungsausschuß sich mit der Frage der deutschen Entschädigungszahlungen für das Jahr 1922 beschäftigt. Die Finanzminister der verbündeten Regierungen werden auf Grund der Entwürfe, die in Cannes durch den Obersten Rat geschaffen wurden, sich zu beschäftigen haben mit der Begrenzung der Besetzungskosten im Rheinland, mit dem Wiesbadener Abkommen und insbesondere mit dem Finanzabkommen der Verbündeten vom 13. August 1921 und der Verteilung der deutschen Zahlungen unter die Verbündeten. Erst dann, wenn die Finanzminister der Verbündeten eine Einigung herbeigeführt haben, werden die deutschen Vorschläge vor den Wiederherstellungsausschuß kommen.

So ist denn das Bild, das die Präliminarien von Genua bieten, ein noch recht verworrenes und ungeklärtes. Wollen wir hoffen, daß Ersprießlichkeit für unser Vaterland beschloßen wird und das unsere Vorschläge die nötige Beachtung finden. Dann kann auch der Frühlingssonnen-

schein unsere Herzen erfreuen, die vor banger Sorge nur düstere Wolken spürten. Frühlingssonne, ein draußen und drinnen, das sei unsere Hoffnung für die kommenden Wochen!

Neues vom Tage.

Wirth über Genua.

Karlsruhe, 1. März. Reichskanzler Dr. Wirth hat sich bei seiner Anwesenheit in Karlsruhe zu einem Vertreter der Bad. Zentrumskorrespondenz über die Konferenz von Genua u. a. wie folgt geäußert: Gedanken und Anregungen werden auf deutscher Seite nicht fehlen. Die Vorbereitungen sind in den Ministerien in vollem Gang. Man muß aber eines bedenken: Die Konferenz von Genua ist nicht zusammenberufen, um lediglich über das Schicksal des deutschen Volkes zu beraten, sie beschäftigt sich auch mit der europäischen, ja noch mehr mit der Weltwirtschaft. Wenn man nicht raschestens in die europäische Wirtschaft als Ganzes zum Gegenstand eingehender Erwägungen zu machen und darnach zu handeln, so steht man vor dem Untergang des Abendlandes. Man mag über das englische Wort „Spenglerismus“ denken wie man will und es als einen Fehlgriß ansehen, Europa ist durch und durch wirtschaftlich krank und diktiert „Sanktionen“, wie die Besetzung deutscher Städte und Gewaltmaßnahmen können den europäischen Erdteil nicht seiner Gefundung entgegenführen. Aber auch mit Europa allein ist es nicht getan. Die Katastrophe des Weltkriegs hat die Weltwirtschaft so stark beeinflusst, daß nur Klugheit und Mäßigung auf allen Gebieten innerhalb der Grenzen menschlicher Kraft die Weltwirtschaft zur Gesundung bringen kann. Am Schluß der Unterredung erklärte der Reichskanzler zu Gerüchten über Unstimmigkeiten in der Zentrumspartei, daß es wohl im Zentrum wie in allen politischen Parteien auch Meinungsverschiedenheiten gegeben habe. Die Hauptfrage aber sei die Grundentscheidung. Und dabei gebe es nur eine Antwort: einig und geschlossen wie kaum jemals.

Um die Zwangsanleihe.

Berlin, 1. März. Zu einer Meldung über die Besprechungen des Reichsfinanzministers Hermes mit Vertretern der Deutschen Volkspartei über das Steuerkompromiß erzählt die „Germania“, daß Dr. Hermes keinerlei Mitteilung über die zwischen Zentrum, Demokraten und Sozialdemokraten erfolgte Einigung über das Mantelgesetz machte. Er war dazu auch gar nicht in der Lage, da eine solche Einigung über die endgültige Fassung des Mantelgesetzes noch nicht vorliege. Ebenso wenig sprach Dr. Hermes in dieser Besprechung von Meinungsverschiedenheiten zwischen beiden bürgerlichen Parteien und der Sozialdemokratie hinsichtlich des Zeitpunktes der Erhebung der Zwangsanleihe. Er wies nur darauf hin, daß die Sozialdemokratie unter allen Umständen darauf bestünde, noch im laufenden Jahre die Mittel aus der Zwangsanleihe flüssig zu machen. Dies dürfe aber nach Ansicht des Finanzministeriums nur geschehen unter Vermeidung einer neuen unerträglichen Belastung der Finanzämter.

Dem „Berliner Tageblatt“ zufolge fanden gestern vormittag im Reichsfinanzministerium Beratungen mit Vertretern der Industrie, des Handels, der Bankwelt und der Arbeiterschaft über die Höhe des Zinsfußes für die Zwangsanleihe nach den ersten drei Zinsfreien Jahren statt. Was die Veranlagung zur Zwangsanleihe betrifft, so wird, dem Blatt zufolge, erwogen, die Veranlagung nach der Vermögenssteuer-Veranlagung von 1922 vorzunehmen. Dabei soll indessen nicht so lange gewartet werden, bis diese Steueranleihe fertiggestellt ist, vielmehr würden voraussichtlich bestimmte Vorauszahlungen auf die Zwangsanleihe etwa in Höhe eines Notopferbeitrags angeordnet werden. Die Einzahlungen für die Anleihe sollen ratenweise erfolgen, und zwar voraussichtlich in vierteljährlichen Einzahlungsraten. Die völlige Einzahlung der Zwangsanleihe soll nach der gegenwärtig bestehenden Absicht bis zum Frühjahr 1923 erfolgt sein.

Krise in den deutsch-polnischen Verhandlungen.

Genf, 1. März. In den deutsch-polnischen Verhandlungen scheint man vor einer ernstlichen Krise zu stehen, wenigstens läßt sich eine von der polnischen Delegation veröffentlichte Erklärung der polnischen Delegation nur so verstehen, in der gesagt wird, daß die umlaufenden Gerüchte, wonach das deutsche Beitrittsamt in Oberschlesien der Liquidation nach Artikel 290 und 297 des Friedensver-

trages von Versailles entzogen sei, vollkommen unbegründet seien. Dieses Beitrittsamt sei vielmehr, wie alle anderen deutschen Güter, in der Republik Polen ebenfalls der Liquidation unterworfen. Da diese Frage bei der deutsch-polnischen Konferenz zur Verhandlung steht und der entgegengeleitete Rechtsstandpunkt der deutschen Delegation bekannt ist, so ist es in dieser wichtigen Frage zu keiner Einigung zwischen den beiden Delegationen zu kommen. Es muß nach den Erklärungen der polnischen Delegation sogar unklar sein, ob die polnische Delegation sich überhaupt einer Entscheidung des Präsidenten Calonder, die eventuell den polnischen Standpunkt nicht anerkennt, fügen wird. Der deutsche Standpunkt, der bekanntlich dahin geht, daß die Liquidationsklausel des Versailler Vertrags auf Oberschlesien überhaupt keine Anwendung finden könne, einmal, weil für Oberschlesien ein besonderes Statut auf Grund der Entscheidung der Völkerkonferenz vom 20. Oktober 1921 erlassen wird und sodann, weil der Versailler Vertrag nur von der Liquidation in denjenigen Gebieten spricht, die durch diesen Vertrag an Polen fallen, ist übrigens erst kürzlich in einem Gutachten des holländischen Staatsrechtslehrers Professor Struycken vertreten worden, auf das sich die deutsche Delegation unter anderem stützt.

Der Appell der polnischen Delegation an die Öffentlichkeit wird in Kreisen, die der deutschen Delegation nahe stehen, ziemlich unverblümt als Versuch zur Stimmungsmache bezeichnet, der vor allem den Präsidenten Calonder beeinflussen soll. Die deutsche Delegation selbst, die ihr volles Vertrauen in die Unparteilichkeit des Präsidenten Calonder erklärte, lehnt es ab, sich zu der polnischen Kundgebung irgendwie zu äußern.

Die Genfer Verhandlungen.

Genf, 1. März. Wie das Völkerbundsekretariat mitteilt, fand gestern beim Präsidenten Calonder eine Besprechung zwischen den deutschen und den polnischen Bevollmächtigten statt, an der auf deutscher Seite Reichsminister a. D. Schiffer und Staatssekretär a. D. Dr. Lewald, auf polnischer Seite Sikowski und Wolyn teilnahmen. Calonder stellte mit Genehmigung fest, daß der Vertragsabschnitt über den Grenzverkehr in liberalem Sinne abgeschlossen wurde. Er schlug jedoch einige Änderungen vor, die sich auf die Grenzverkehrsart beziehen, insbesondere auf ihre etwaige Entziehung. Die Bevollmächtigten erklärten sich mit einer Prüfung dieser Abänderungsvorschläge einverstanden. Außerdem wurde vereinbart, daß die beiden Abordnungen eine Liste der noch offenstehenden Fragen aufstellen und ihre Auffassungen schriftlich begründen sollen.

Französisch-russische Kriegsschadensberechnung.

Paris, 1. März. Der Korrespondent der „Chicago Tribune“ meldet, daß die französisch-russischen Verhandlungen guten Fortgang nehmen. Es verlautet, daß Rußland eine Entschädigung von 125 Millionen Dollar für die Offensive Zudenitsch verlangt hat. Frankreich hat Gegenforderungen aufgestellt für die Schäden, die den Alliierten durch das Verlegen Rußlands erwachsen sind. Für die Offensive Brangels, Koltshals und Denikins fordert Rußland eine Entschädigung von 2 Milliarden Dollar.

Aburteilung der Kriegsschuldigen vor internationalen Gerichtshöfen.

London, 1. März. Es verlautet, daß man erwogen habe, die Kriegsschuldigen vor internationalen Gerichtshöfen zu stellen, die in Frankreich, England und Italien ihre Sitzungen haben würden. Diese Gerichtshöfe sollen jedoch lediglich die Aufgabe haben, die Fälle zu erklären, zu untersuchen und Strafanträge zu stellen. Das endgültige Urteil sollte dann auf Grund dieses Antrags der heimische Gerichtshof des Beschuldigten fällen.

Das internationale Syndikat.

London, 1. März. Der Bericht der Organisationsausschüsse der internationalen Körperschaft über die Ergebnisse der Konferenz, die in der letzten Woche in London stattfand, besagt: Die Konferenz, an der Vertreter Großbritanniens, Frankreichs, Italiens, Belgiens, Japans, Deutschlands und Danemarks, sowie nichtoffiziell der Vereinigten Staaten teilnahmen, verpflichtete die Vertreter, Anstrengungen zu unternehmen, um die Schaffung von nationalen Körperschaften in den verschiedenen Ländern zu bewirken. In London soll eine zentrale internationale Körperschaft errichtet werden. Ihr Hauptzweck wird sein die Prüfung der Gelegenheiten zu unternehmungen in Zusammenhang mit dem europäischen Wiederaufbau und die Unterstützung bei der Finan-



zierung solcher Unternehmungen. Das gesamte Kapital der nationalen Körperschaften wird 20 Millionen Pfund betragen, wovon 25 Prozent sofort einbezahlt werden sollen. Das Anfangskapital der internationalen Körperschaft wird zwei Millionen Pfund Sterling betragen und wird beschafft werden, indem die nationalen Körperschaften etwa 10 Prozent des Stammkapitals zeichnen. Folgende Länder sind eingeladen zwanzig Prozent der Gesamtsumme von 20 Millionen Pfund Sterling, die erhoben werden sollen, zu zeichnen: Großbritannien, Frankreich, Italien, Deutschland und Belgien. Man kam überein, daß die folgenden Länder ebenfalls zur Teilnahme eingeladen werden sollen: Die Vereinigten Staaten, Japan, Dänemark, Holland, die Schweiz und die Tschechoslowakei. Die Vertreter waren übereinstimmend der Ansicht, daß die Körperschaft nicht mit der in irgend einem Land Geschäfte treiben will, das nicht alle Schulden und Verpflichtungen anerkennt, die früher von dem Staat eingegangen wurden, bzw. später eingegangen werden, desgleichen nicht die Verpflichtung, allen ausländischen Interessenten die Werte zurückzuerstatten bzw. für Verluste zu entschädigen, die ihnen durch die Beschlagnahme von Eigentum zugefügt wurden und außerdem, daß sie nicht ein gesetzliches System schafft, das Handels- und andere Verträge parteiisch behandelt und keine Sicherheiten für den Handel bietet. Die „Times“ bemerkt dazu, daraus sei ersichtlich, daß die Vertreter auf der Konferenz Ausland von dem Plan ausgeschlossen hätten.

England und die Flucht der Kriegsverbrecher.

London, 1. März. Im Unterhaus erwidert der Generalsekretär auf eine Anfrage über die Flucht der U-Boots-Offiziere Boldi und Dittmar, die britische Regierung habe eine Anfrage und einen Einspruch an die deutsche Regierung gerichtet. Diese habe die Antwort gegeben, daß sie jeden möglichen Schritt getan habe, um die Wiederberufung der Offiziere zu sichern. Bisher sei jedoch keine Mitteilung erfolgt, daß die Offiziere verhaftet worden seien.

Die Finanzkontrolle in Oesterreich.

London, 1. März. Der finanzpolitische Ausschuss des Völkerbundes wird die Frage der Finanzen Oesterreichs prüfen und, wie verlautet, folgende Bedingungen stellen: 1. Einstellung des Drucks von Papiergeld; 2. ausgiebigere Besteuerung des Einkommens; 3. Aufhebung der Zuschüsse zur Verbilligung der Mehl- und Brotpreise, und 4. eine allgemeine Sanierung der österreichischen Finanzen.

Das ungarische Wahlrecht.

Budapest, 1. März. Der Ministerrat hat in langen Beratungen die Entscheidung in der Wahlrechtsfrage getroffen. Die neue Wahlrechtsverordnung, die demnächst veröffentlicht werden wird, schließt im großen und ganzen an die in der Nationalversammlung eingebrachte Regierungsvorlage an. Ihr Kern sowie die Ausschließungsgründe sind unverändert geblieben. Gewisse Zugeständnisse an die Opposition sind für das Wahlverfahren berücksichtigt. Der wesentlichste Punkt liegt darin, daß die geheime Abstimmung auf Budapest und die Städte beschränkt bleibt, während auf dem flachen Lande wieder die öffentliche Abstimmung eingeführt wird.

Die Besprechung zwischen Poincaré und Schanzer.

Basel, 1. März. Die gestrige Besprechung zwischen Poincaré und Schanzer, die ungefähr eine halbe Stunde dauerte, bezog sich auf die Konferenz von Genua. Poincaré unterrichtete Schanzer von seiner Unterredung mit Lloyd George und forderte Schanzer auf, daß auch Italien sich den Abmachungen Frankreichs und Englands über das Programm der Konferenz anschließen. Nach der Unterredung erklärte Schanzer gegenüber französischen Journalisten, daß er keinerlei Erklärungen abgeben könne, da er noch nicht vereidigt sei. Er wolle nur das eine betonen, daß man ihn nicht für franzosenfeindlich halten dürfe. Da die italienische Kammeression am 8. März beginnt, wird die Zusammenkunft der alliierten Außenminister in Paris nicht vor dem 14. oder 15. März stattfinden. Nach einer Pariser Meldung soll Poincaré beab-

zichtigt, noch vor der Konferenz von Genua auch mit dem italienischen Ministerpräsidenten De Facta zusammenzutreffen.

Schwierigkeiten im neuen italienischen Kabinett.

Mailand, 1. März. Das neue italienische Kabinett De Facta setzte seine Beratungen über die Besetzung der Unterstaatssekretariate fort. Dabei kam es trotz der Einigungsversuche des Ministerpräsidenten bereits zu ersten Unstimmigkeiten wegen der Besetzung der Unterstaatssekretariate, die den Rücktritt des Post- und Telegraphenministers, des Demokraten Colonna Di Cesaro zur Folge hatten. Colonna Di Cesaro behauptete, der neue Ackerbauminister, der Volksparteiler Bertini, habe die Äkte der Unterstaatssekretäre vor ihrer Annahme durch den Ministerrat dem Vorstand der katholischen Volkspartei zur Billigung vorgelegt. Von den neu ernannten Unterstaatssekretären gehören 8 der Demokratischen Partei und 5 der Katholischen Volkspartei an; 3 sind Liberal-Demokraten, 2 Reformisten und 1 Agrarier. Das Unterstaatssekretariat des Ministerpräsidenten ist mit Sir Giovanni Beneduce, das des Außenministers mit Testa di Valminuta besetzt.

Das deutsche Gespenst.

Paris, 1. März. Die Brüsseler Zeitung „Le Soir“ veröffentlicht das Ergebnis einer Untersuchung in Deutschland, aus der hervorgeht, daß es im Deutschen Reich mehr als 1 Million junger Leute gibt, die militärisch ausgebildet seien. Dieser Verstoß gegen den Versailler Vertrag soll das Werk der Orgesch sein. Infolge einer geschickten Camouflage sollen die Rekruten im besetzten Gebiet, besonders in Köln, aufgestellt sein.

Kein Attentat auf den Prinzen von Wales.

London, 1. März. Das Attentat auf den Prinzen von Wales und seine Gefolgschaft anlässlich seiner Reise nach Indien wird jetzt in London offiziell demontiert. Es hat sich herausgestellt, daß auf das Auto keine Schüsse abgegeben wurden, sondern daß nur ein Stein geworfen worden ist, der geringen Schaden anrichtete.

Das Abkommen über die Sachleistungen.

Berlin, 1. März. Das am 24. Februar getroffene Abkommen zwischen Reichsregierung und Reparationskommission bezweckt die Zulassung freier Verträge zwischen deutschen und alliierten Staatsangehörigen, denen dabei bezüglich aller Vertragsbestimmungen, insbesondere der Preisbildung, volle Freiheit gelassen wird, für die Durchführung der in den Anlagen II und IV des Teiles VIII des Friedensvertrages vorgeschriebenen Sachleistungen. Das Abkommen soll bis zum 30. April Geltung haben. Es gewährt den reparationsberechtigten Regierungen mit Ausnahme von Frankreich eine Option, das darin vorgesehene Verfahren für sich in Anspruch zu nehmen, jedoch mit der Maßgabe, daß keine Annahme die gleichzeitige Anwendung irgend eines anderen Verfahrens ausschließt. Zum Abschluß von Verträgen im Sinne des Abkommens sind außer den juristischen Personen seitens der reparationsberechtigten Staaten auch die durch freien Zusammenschluß von Angehörigen derselben alliierten Staaten gebildete Gruppen, sowie die öffentlichen Verwaltungen berechtigt, solcherorts in besonderen auch die Fachverbände und die Landesauftragsstellen. Von dem freien Verkehr sind gewisse listenmäßig bestimmte Waren ausgeschlossen, sowie alle Waren fremder Herkunft, soweit sie nicht auf deutschem Gebiet verarbeitet worden sind. Die im Wege des unmittelbaren Verkehrs abgeschlossenen Verträge müssen Lieferungen im Wert von mehr als 1500 Goldmark zum Gegenstand haben, eine obere Grenze ist dagegen nicht festgesetzt. Diese Lieferungen unterliegen der deutschen Ausfuhrkontrolle. Die ausgeführten Waren dürfen ausschließlich im Gebiet des beteiligten alliierten Staates, einschließlich seiner Dominions, Kolonien, Protektorate und Mandatsgebiete, verwendet oder verarbeitet werden, sodas also für sie die Wiederansuhr ausgeschlossen ist. Die im freien Verkehr abgeschlossenen Verträge werden durch die betreffenden alliierten Regierungen der

Reparationskommission zur Genehmigung vorgelegt, die sie der deutschen Regierung zuweist. Deutscherseits kann vor Ablauf von 14 Tagen Antrag auf Aufhebung des Genehmigungsbeschlusses gestellt werden. Die endgültige Genehmigung des Vertrags macht die deutsche Regierung verbindlich, alle den deutschen Staatsangehörigen auf Grund des Vertrags erwachsenden finanziellen Verpflichtungen zu den vereinbarten Zahlungssterminen zu übernehmen. Diese Verpflichtung bezieht sich jedoch lediglich auf die Auszahlung bankenmäßiger Zahlung, enthält dagegen keine weiteren Garantien für Ausführung der Verträge.

Landtag.

Stuttgart, 28. Febr.

Es ist ein gutes Zeichen, daß der Württ. Landtag trotz der Fastnacht in seiner Sitzung am Dienstag ein so weittragendes Problem wie die Frage der Lehrerbildung in Angriff nahm und fruchtbarere Arbeit leistete. Zu Beginn der Sitzung wurde der Senior der Zentrumsfraktion, Abg. Sommer, der sich von seinem Anfall wieder erholt hat, von Präsident Walter begrüßt. Dann folgte die Beantwortung von 6 kleinen Anfragen, die nichts wesentliches enthielten.

Dann kam man zur großen Anfrage des Zentrums betr. die Lehrerbildungsanstalten, die Universitätsprofessor Dr. Faur in einer groß angelegten, tiefgründigen Rede begründete. Das Zentrum habe nicht im Sinn, den Kultminister zu stürzen. Es stehe in der Frage der Lehrerbildung auf dem Boden der Reichsverfassung. Auch sachliche Gründe würden das Bildungsstreben des Lehrerstandes rechtfertigen, aber die Frage sei eine Kernfrage der ganzen Neuorientierung des Schulwesens und sei mit nervöser Hast in Angriff genommen worden. Auf krummen Wegen versuchte man von Berlin aus den Referentenentwurf zur Grundlage der Landesgesetzgebung zu machen. Das Zentrum lehne den beginnenden Abbau der Lehrerseminare ab, ehe der Wiederaufbau geklärt und die finanzielle Seite sichergestellt sei. Die Frage der Konfessionalität müsse bei der Neuordnung berücksichtigt werden, weil die Verfassung der konfessionellen Schule Schutz gewähre. Die Reform bedeute noch einen Sprung ins Dunkle. Die Frage der deutschen Oberschule sei nicht geklärt. Die Restrukturierung des Lehrstands würde gefährdet. Der Redner beleuchtete die ganze Frage nach der rechtlichen Seite, als Bildungsproblem und schließlich nach der finanziellen Seite. Er wünschte, daß die Lösung nicht auf dem Verordnungs-, sondern auf dem gesetzlichen Weg erfolge, zurückgestellt werde, bis das Reichsgesetz vorliege und die konfessionellen Belange gewahrt werden.

Kultminister Dr. Hieber gab darauf eine Antwort, die nicht einer gewissen Schärfe entbehre. In Württemberg handle es sich nicht um einen Abbau der Lehrerbildungsanstalten, sondern um deren Sperrung, weil im Jahr 1926 764 Lehrer zu viel da seien. Die konfessionelle Seite der Frage sei bei allen Besprechungen gewahrt worden. Experimente würden nicht gemacht. Die Württ. Vorschläge würden die Württ. Verhältnisse und das zu erwartende Reichsgesetz berücksichtigen. Die deutsche Oberschule werde simultan sein. Der katholische Oberschulrat habe sich mit den Richtlinien des Ministeriums einverstanden erklärt. Die ganze Frage sei ein Kernstück der Schulreform, die umso dringender sei, als in Württemberg die Schulgesetzgebung in den letzten 50 Jahren immer um ein Jahrzehnt zu spät komme. Der Minister fand auf der linken Seite des Hauses wiederholt Zustimmung.

Stuttgart, 1. März.

Den Reigen der heutigen Debatte über die große Anfrage des Zentrums zu den Lehrerbildungsanstalten eröffnete heute der ehemalige Kultminister und Vorgänger Hiebers in der Schulpolitik, Abg. Gehmann (Soz.), der sich dem angeblichen Sturm gegen seinen Nachfolger mit warmer, von innigstem Einverständnis getragener Teilnahme entgegenwarf. Die deutsche Aufbauschule werde bestehen und auch ohne Latein die Grundlage der Lehrerbildung geben können. Die Mehrkosten habe in der Hauptsache das Reich, zum Teil auch das Land zu tragen. Der Geist von Weimarer müsse zum Durchbruch kommen. Abg. Engelhaas (Dem.) beschärfte sich dagegen mit dem Geist von Herrenberg

Ein Maienglück.

Originalroman von E. Wiltschko.

Wie sollte das weitergehen? — Sollten all ihr fröhlicher Mut und ihre Arbeitskraft gleich an der ersten Klippe zerbrechen?

Da kam Frau Puhle eines Abends mit einer großen Blondine zu ihr herein. Es war Wilmas Zimmernachbarin.

„Ich bin Grete Baum, Angestellte im Warenhaus,“ stellte sie sich nach Art alleinstehender Frauen vor und meinte dann: „Da müssen Sie doch hinkommen, Fräulein Lehdorf.“

Wilma hatte bei ihrem jetzigen Leben das „von“ abgelegt. Als sie nicht gleich antwortete, meinte Grete: „Da können Sie so wat nich erleben, und en besseret Jehalt kriegen Se och und freien vielleicht noch bis zur Direktrice auf.“

Wilma mußte lächeln über das Ziel, das der andern so beneidenswert erschien, aber sie griff in ihrer großen Not zu, — es war doch ein Ausweg. Später würde vielleicht noch alles besser werden. Es galt erst einmal etwas zu verdienen und ein kleines Sümmchen zu ersparen.

Noch manche bittere Pille würde sie ja herunter-schlucken müssen, das wußte sie schon ganz genau. Was würden wohl die Bekannten in ihrem Heimatstädtchen gesagt haben, wenn sie gehört hätten, daß die Baroness Lehdorf Verkäuferin in einem Warenhaus geworden war! Und Tante Eulalia im Stift zu Chorin? Die hätte sich aus der Ohnmacht überhaupt nicht wieder erholt.

Nun galt es aber, alle Bedenken zu überwinden und zuzugreifen, — die bittere Not war zwingend.

Nach einem Moment des Nachdenkens hob sie den Kopf.

Grete Baum hielt ihr die Hand hin:

„Schlagen Sie ein, Fräulein Lehdorf! Ich tät' Ihnen, es ist der schlechteste Verdienst noch nicht.“

Und Wilma zögerte nicht mehr und schlug ein.

„Ich danke Ihnen für den guten Rat, Fräulein Baum.“

Es gelang der freundlich Gutmütigen auch noch, Wilma an diesem Abend zu einem Glas Bier fortzulockern. Frau Puhle mußte als Dame d'honneur mitgehen und man wanderte zu dritt in das Pschorrbräu, um die neue „Angestellte“ zu beglücken.

„Wir können das ruhig machen,“ hatte Grete Baum gesagt, „denn genommen wird se sicher.“

Und so wurde es auch. Ihr vornehmes Aussehen, ihr gewandtes Auftreten verschafften Wilma sofortiges Engagement.

Wilma kamen die hundert Mark bei ihrer Gelblosigkeit wie ein Vermögen vor — es war eine Wohltat, doch wenigstens wieder einen Biennig bares Geld in die Tasche zu bekommen.

Am nächsten Morgen ging sie mit Grete Baum durch das Riesportal des Steinpalastes, das sie nun Tag für Tag verschlingen sollte, verschlingen in einer Tätigkeit, die jedes Streben aussichtslos machte, denn Wilma war als „Paßfräulein“ engagiert!

II.

So schwer hatte sich das Regierungsratmädel die Arbeit im Warenhaus doch nicht gedacht. Es war kaum zu ertragen, besonders da man doch von der Kleinstadt her dauernd an frische Luft gewöhnt war.

Und hier, in diesem von Menschen überfüllten Raum, lagerte die drückende, eingeschlossene Luft beklemmend auf allen. Es war förmlich dunnig.

Wilma zermarterte sich bei der mechanischen Arbeit immer wieder den Kopf, ob und wie sie eine andere Tätigkeit finden könnte; aber ein richtiges ausgebildetes Talent selbst nur zur Verkäuferin besaß sie nicht, sondern nur ihre beiden Arme, mit denen sie den ganzen

Tag Pakete machen mußte. Der kleine Finger war schon ganz angeschwollen und die für das Schnüren viel zu zarte Haut durchgerieben.

Und draußen blaute der herrliche Frühlingstag! Aber man merkte hier drinnen nichts davon, abgleich alle Fenster geschlossen waren. Da kam nur fürchterlicher Berliner Brodem herein und der Frühling hatte nicht Kraft genug, die Steinwüste zu durchdringen.

Um Wilma schwirrte es, sie hörte die Laute der Großstadt von draußen und kämpfte mit einem furchtbaren Schwächeanfall. Wie sollte sie sich auch bei der anstrengenden Arbeit von den hundert Mark Gehalt richtig ernähren?

Sie mußte sehr eilig aussehen, als ihr die Kollegin, ein kleines vierstöriges Mädel, auferksam ins Gesicht blinnte. Da fühlte sie, daß sie wollte.

„Ach, ein Glas Wasser, bitte!“ hauchte sie bezüßelt zu.

Die Kollegin schickte ein kleines Mädel, das eben einen Posten gekaufte Ware an die Kasse gehen hatte, weg, denn selbst durfte sie bei Strafe von Gehaltsabzug ihren Posten während der Dienstzeit nicht verlassen.

Die Kleine holte das Gewünschtere.

„Sie müssen sich einen Platz in der Kundengarderobe verschaffen, Fräulein Lehdorf,“ meinte die Kollegin Frida Wulle und zuckte mittelmäßig die Achseln. „Sehen Sie, das ist ja hier zu anstrengend für Sie.“ Seien Sie doch ein bißchen nett mit en Abteilungschef, — soon hübsches Mädelchen wie Sie!“

Wie ekelhaft die Zustände hier doch waren! Wilma wandte sich ohne zu antworten, Unwohlsein vorräufend, ab.

Sie wollte es aber auch nicht mit der Kollegin verderben. Wilma hatte doch schon zu häufig von den Klatschgeschichten der Mädels gehört, und sie wußte, welch eine Rolle die Intrigue hier spielte. „Lassen Sie nur Fräulein Frida, es ist mir schon besser,“ mußte sie deshalb.

(Fortsetzung folgt.)

und der dortigen Bilderkammer, wo man die Wand-
her des deutschen Volkstums geschmückt habe. Die
deutsche Oberschule sei nichts anderes als eine Reals-
schule, ein Bedürfnis an den einzelnen Orten sei nicht
vorhanden. Unter allen Umständen müsse der christ-
liche Charakter der höheren Schulen erhalten bleiben.
Wenn alle Lehrer die Univerſität absolvieren, woher
soll dann noch der Nachwuchs kommen? Die mehr als
trostlose finanzielle Lage gebe Dr. Baur das Recht
zur Förderung des Abwartens. Abg. Köhner (Dem.)
meinte, die Aufbauschule könne für die ganze Umgegend
die Schule werden, die zur Univerſität führe. Die
Rekrutierung habe sich bereits geändert; zahlreiche
höhere Schüler seien in den Lehrstand eingetreten.
Die gehaltliche Einreihung der Volksschullehrer sei
nicht befriedigend. Im übrigen sei es nicht nötig,
die Welt immer nur durch die Kirchenfenster anzu-
sehen. Abg. Vollst (Zentr.) fand die scharfe Ant-
wort des Staatspräsidenten auffallend und verteidigte
die früheren Seminare. Er dankte Dr. Baur für
die Aufklärung der lath. Lehrerschaft über die Hal-
tung des Zentrums. Man dürfe es nicht übereilen,
trotz aller praktischen Bedenken, einen Grundsatz der
Verfassung über Lehrerbildung durchzuführen. Hof-
sentlich werde die Unterrichtsverwaltung durch Schü-
lerheime und Schulstipendien den unteren und mittle-
ren Kreisen den Zugang zum Lehrstand ebnen. Die
Lehrer sollten aber jetzt schon im Gehalt vor den
Gruppen der Akademiker eingestuft werden. Uebrigens
sei der Kultminister über die finanzielle Wirkung der
Lehrerbildung auffallend rasch weggegangen. Seine
Partei fordere eine tiefgründige Behandlung der Frage
nach dem Grundsatz „Eile mit Weile“. Der Abg.
Schnock (Komm.) warf dem Kultminister vor, daß er
zum Rückwärtler Landsturm gehöre. Die Lehrer müßten
Akademiker werden, aber dann könnten das nur
noch die Söhne von Schiefern und Spekulanten. Red-
ner nahm den Herrenberger Bilderstürmer in Schutz.

Württemberg.

Stuttgart, 1. März. (Stegerwald-Vortrag.)
Ministerpräsident a. D. Stegerwald spricht am Son-
ntag, 12. März, nachm. 1/3 Uhr, im Stadtgartenaal hier
an Veranlassung des Deutschen Gewerkschaftsbundes,
Gruppe Stuttgart. Am vergangenen Sonntag sprach
Stegerwald in Mannheim vor über 4000 Zuhörern
über die staatlichen und wirtschaftlichen Lebensfragen
der Gegenwart. Er wandte sich gegen einen überspannten
Internationalismus. Die breiten Volksmassen müßten
ein befriedigendes Verhältnis zum Staat finden. Ohne ein
nationales und soziales Empfinden sei keine Gesundung
des Staates denkbar. Der Redner erzielte stürmischen
Beifall.

Der Verband württ. Industrieller hält am
14. März in Stuttgart seine Mitgliederversammlung, in
der auch der Ausschuss neu gewählt werden wird. ab.

Gewitter. Am 7.15 Uhr abends kam ein Gewitter
mit heftigem Blitz und Donnererschlägen und anhaltendem
Regen zum Ausbruch.

Splingen, 1. März. (Selbstmord.) Der 53 Jahre
alte ledige Fasser Karl Schneck hat sich abends auf die
Eisenbahnschienen gelegt. Der Kopf wurde vollständig
vom Rumpfe getrennt. Der Lokomotivführer konnte den
Zug nicht mehr zum Stehen bringen.

Heilbronn, 1. März. (Jubiläum. — Unglück-
fall.) Ratsschreiber Rüdiger blüht am 1. März auf eine
25jährige Amtstätigkeit zurück, aus welchem Anlaß ihm
von Seiten des Stadtvorstands in einer Gemeinderatssitzung
Worte der Anerkennung gezollt wurden. — Arbeiter
der Siedlungsgenossenschaft fanden einen jungen Mann
aus dem Boden liegend vor. Es stellte sich heraus, daß
es sich um einen erholungsbedürftigen Mann, der im Er-
holungsheim untergebracht war und einen Spaziergang
unternommen hatte, handelte. Der Unglückliche schlug
beim Fall mit dem Kopf an der Mauer auf.

Heidenheim, 1. März. Eine neue Art der Personen-
beförderung von hier nach Großluchen haben 40 Arbeiter
gefunden. Sie haben gemeinsam ein Lastauto gekauft,
das sie täglich von Großluchen hierher fahren soll.

Heidenheim, 1. März. (Lausbuben.) Schul-
pflichtige Knaben haben in letzter Zeit an Wohnhäusern
die Druckknopftafeln der Hausglocken abgeschraubt und
entwendet, aus Gärten Messinghahnen gestohlen, Stra-
ßenlaternen und städtische Anlagen beschädigt und son-
stigen Unfug verübt.

Ellwangen, 1. März. (Feueralarm-Anlage.)
Der Gemeinderat beschloß die Errichtung einer Feuer-
alarmanlage mit einem Kostenaufwand von 117 000 Mk.
Die Amtskörperschaft trägt 25 Prozent der Kosten.

Geislingen, 1. März. (Ueberrfahren.) Auf der
Eisenbahnlinie oberhalb der Brücke von Amstetten wurde
ein Mann, der sich vom Zug überfahren ließ, aufgefunden.
Seine Persönlichkeit konnte bisher noch nicht festgestellt
werden.

Ulm, 1. März. (Kunstausstellung.) Die Wan-
derausstellung volksämlicher schwäbischer Graphik des Ver-
eins zur Förderung der Volksbildung wurde am 27. Fe-
bruar geschlossen. Sie hatte außerordentlich großen Er-
folg. Die Zahl der Besucher betrug viele Tausend. 320
Blätter wurden verkauft, darunter von Caspar 37, Boll-
mar 32, von Nillas 28, Hägele 18, Greef 14, v. Maria
Caspar-Filser 14, Gottfried Graf 12 usw. Die Ausstel-
lung wird nunmehr nach Göppingen übersiedeln und
am 12. März eröffnet werden.

Baden.

Karlsruhe, 1. März. Es kann damit gerechnet wer-
den, daß die vom Reich in Aussicht genommenen wider-
rechtlichen Wirtschaftsbereitsen für Beamte an Orten mit
besonders schwierigen wirtschaftlichen Verhältnissen in
Baden auch den Landesbeamten im gleichen Umfang
wie den Reichsbeamten gewährt werden. Zur Vermeidung
von Mißverständnissen sei aber darauf hingewiesen, daß
bis heute das Ergebnis der Verhandlungen in Berlin
darüber, an welchen Orten und in welcher Höhe in Baden
Uebertenerungszuschüsse bezahlt werden, noch nicht bekannt
ist. Bei dieser Sachlage war es der bad. Regierung
noch nicht möglich, dem Landtag eine Vorlage wegen Be-
willigung der gleichen Zuschüsse an die badischen Landes-
beamten zu unterbreiten. Diese Vorlage wird sobald als
möglich erstattet werden.

Wurach, 1. März. In Kleinhelmbach bei Weiff.
Gottlieb Mann infolge Fehltritts von der Scheune
herab und zog sich schwere Verletzungen zu.

Dallau, 1. März. Ein schrecklicher Unglücksfall er-
eignete sich auf dem hiesigen Bahnhof. Der in den 60er
Jahren stehende Landwirt Jakob Reichelbeck aus Gut-
tenbach wollte aus dem Zuge steigen, als dieser sich be-
reits wieder in Bewegung gesetzt hatte. Er kam dabei zu
Fall und unter die Räder des Zugs, sodaß ihm ein Bein
und ein Arm abgefahren wurden. Er wurde in das Ver-
zehrshospital nach Mosbach verbracht, wo die Amputation
vorgenommen wurde.

Eberbach, 1. März. Am Sonntag starb einer der
wenigen noch lebenden Kämpfer von 1870/71, Hammer-
schmied Georg Sigmund, während man am Nachmittag
seine Frau zu Grabe trug. Die beiden Eheleute hatten erst
kurz zuvor, am 8. Febr., das Fest der goldenen Hoch-
zeit gefeiert.

Unterzwarzach, 1. März. Ein seltener Streif-
ist in der hiesigen Gemeinde ausgebrochen. Die Mini-
stranten streiften, da entgegen einem alten Brauch bei
einer Hochzeit die eingegangene Summe nicht ihnen, son-
dern von dem Pfarrer dem Kirchenrechner zur Aufbewah-
rung und zur Teilung an Weihnachten überwies. So
mußte der sonntägliche Gottesdienst ohne die Hilfe der
Meßknaben abgehalten werden.

Schönan, 1. März. Bei Mambach stürzte in dem
Augenblick, als ein Zug der Zell-Todmaner-Wiesental-
bahn die Strecke passierte, unverzüglich größere Erd- und
Gesteinsmassen auf den Bahnkörper. Die Maschine wurde
beschädigt und die Strecke gesperrt. Menschenleben kamen
nicht zu Schaden.

Aus dem Lande. In einem Heidelberger Hotel
sah ein Fremder einen Zwanzig-Dollarschein, der seit
1890 außer Kurs ist, umzuwechseln. Das Hotel erleidet
durch diesen Gaunerstreich einen Verlust von über 4000
Mark. — Als eine Seltenheit darf ein „glückliches Er-
eignis“ im Schweinestall betrachtet werden; dem Bürger-
meister von Dittenheim war ein Mutter Schwein 19 leben-
dige Jungen. — Eine Schweizerin aus Bern kaufte in
Säckingen mehrere Grundstücke auf, um darauf ein
Herrschaftshaus nebst Wirtschaftsgebäude und Gärtner-
wohnung zu erstellen.

Mutmaßliches Wetter.

Die große Störung erstreckt beim Vorübergang im
Norden ihren Einfluß auch bis Süddeutschland. Am
Freitag und Samstag dürfte sie mit ihrem Dreh-
punkt in das Gebiet der Weichselmündung kommen,
worauf nachkaltes Wetter zu erwarten ist.

Bermischtes.

25jähriges Redakteur-Jubiläum. Am 1. März sind
25 Jahre verfloßen, seitdem der Chefredakteur der
„Württembergische Zeitung“, A. Kemper, als junger
politischer Redakteur in die Redaktion des „Stutt-
garter Neuen Tagblatts“ eintrat, um von da an un-
unterbrochen seine Arbeit den im Verlag der Stutt-
garter Zeitungsverlag G. m. b. H. erscheinenden beiden
Zeitungsteilen, dem „Stuttgarter Neuen Tagblatt“ bis zum
Jahr 1911 und dann der „Württembergische Zeitung“,
zu widmen. In einer schlichten, aber für alle Teil-
nehmenden außerordentlich eindrucksvollen Feier ver-
sammelte der Verlag der „Württembergische Zeitung“ die
Abteilungsleiter des Betriebs, um dem Jubilar die
besten Wünsche zu diesem bedeutungsvollen Ehrentag
auszusprechen.

ep. Eine historische deutsche Bildungsstätte bedroht.
Die für das ganze evangelische Deutschland geschicht-
lich und praktisch bedeutsamen Stiftungen August Der-
mann Francke's in Halle a. S. schließen das laufende
Jahr mit einem Abmangel von 5 Millionen Mk. ab.
Sie umfassen einen Schulstaat von 2500 Schülern mit
Waisenhäusern, Mittelschule, Lyzeum, Oberrealschule,
Gymnasium und seit 1920 einem „Deutschen Heim“ für
Schüler und Studenten der abgetrennten Gebiete. Die
Stadt Halle, die selbst finanziell schwach ist, strebt
das Aufgehen dieser seit 200 Jahren bestehenden je-
genreichen christlichen Stiftungen in städtische Ver-
waltung an.

Eisenbahnunglück in Wien. Wie der „Verl. Lok-
Anz.“ aus Wien meldet, konnte auf dem Westbahn-
hof ein Lokzug infolge Versagens der Bremsvor-
richtung nicht rechtzeitig zum Halten gebracht wer-
den. Der Zug überfuhr den Brellbock. Die Fahrgäste,
die bei der Einfahrt in die Station bereits auf der
Plattform standen, wurden auf den Bahnkörper ge-
schleudert. 52 Personen wurden teils schwer, teils
leicht verletzt.

Ademische Goethefeier in Frankfurt. In der Aula
der Univerſität fand am Dienstag eine akademische
Goethefeier statt, der Reichspräsident Ebert, Minister
Dr. Voelky und Dr. Köster, sowie der hessische Staats-
minister Ulrich, Gerhard Hauptmann und manche Trä-
ger berühmter Namen beiwohnten. Prorektor Pro-
fessor Schönknecht begrüßte die Anwesenden und
hob hervor, daß zum erstenmal eine deutsche Univerſität
die Ehre habe, den Herrn Reichspräsidenten zu
bewillkommen. Die Frankfurter Univerſität wisse
diese Ehre doppelt zu würdigen, sei es doch ihr Beruf,
als geistiges Kulturholwerk im Westen des
Reichs die geistigen Güter der Nation zu hüten. Die
Aussprache klang in einer dem unsterblichen Genius
Goethe dargebrachten Huldigung aus. Dann sprach
Minister Dr. Voelky dem Prorektor den Dank auch
des Reichspräsidenten aus und verband damit die
Hoffnung, daß die Vertreter der Studentenschaft der-
einst das Volk einer besseren Zukunft entgegenführen
müßten. Der Germanist der Univerſität, Professor
Schulz, erklärte namens der studentischen Jugend,
daß sie mit Dank die höchste Spitze des Reichs bei sich
sehe. Es gelte heute das von Goethe verkündete und
geliebte Evangelium werktätiger Arbeit nachzuleben,
das sich bei dem Dichter selber mit dem holdesten
Künstertum paarte. Jubelnd begrüßt, ergriff dann
Thomas Mann das Wort zu einem Festvortrag
über Tolstoj und Goethe. Er setzte den großen Deut-
schen und den großen Russen zu einander in Bezie-
hung und wies die Verschiedenheiten, vor allem aber
das Verwandtschaftliche ihres Wesens auf. Goethe und
Tolstoj, beide haben in verschiedenen Jahrhunderten
geliebt und jeder von ihnen trägt Wesenszüge des
Jahrhunderts an sich, dem er selber nicht angehört.
Wegen man beide auch nicht Zeitgenossen nennen kann.

10 Kinder dies Jahr, daß mindestens ein Bildungs-
faktor und zwar ein modern kultureller, daß wenigstens
ein Moment ihres geistigen Aufbaus ihnen
beiden gemeinsam sei, das sei das Element Rousseau.
Tolstoj sei Rousseau auf eine intimere, persönlichere
und bedenklichere Weise als Goethe, der als Mensch
mit der nicht immer gewinnenden Problematik des
Jean Jacques Rousseau so gar nichts zu schaffen hatte.
Das pädagogische und das autobiographische Element
aber taten sich aufs stärkste hervor bei Goethe, wie
bei Tolstoj. Es sei aus beider Werken und Leben
überhaupt nicht wegzudenken. Tolstoj und Goethe seien
beide Gesegnete der Natur, Vorzugskinder der schä-
fenden Macht gewesen. Hierin beruhe ihre Verwandt-
schaft, ihr gemeinsamer Adel, der sich von dem Adel
der Geisteslehre der Kinder der Erde, von dem Adel
ihrer großen Gegenspieler Schiller und Dostojewski
auf klassische und ewig gültige Weise unterscheidet. In
dieser ihrer gemeinsamen Art liege vielleicht die Wur-
zel des bei beiden so stark entwickelten autobiographi-
schen Triebes. Die Feier war unrahmt durch Gesang-
orträge des akademischen Chors.

Pelargonien.

Die schönsten unter ihnen, abgesehen von der groß-
blumigen englischen Pelargonie, die zwar schön und reich
blüht, aber sehr empfindlich ist, sind die Scharlachpelar-
gonien, die, einfach und gefällig blühend, in Scharlachrot,
rosa und rein weiß zu haben sind. Anspruchslos, auch
inbezug auf den Standort, sind sie sowohl mit schwerer
als auch leichter Erde zufrieden, nur blühen sie in letz-
terer, d. h. in nährhafter, mit Sand vermischter Garten-
erde und bei hellem, sonnigen Standorte freilich am
reichsten. Ins Freie ausgepflanzt, entwickeln sich die
Blätter übermäßig auf Kosten des Blütenflors; daher
läßt man sie zur Bildung von Teppichbeeten lieber im
Topf in die Erde ein.

Man überwintert die Pelargonien im allgemeinen am
besten im kalten, aber hellen Zimmer, wo sie dann we-
nig gegossen werden. Im Keller und überhaupt im Dun-
keln lassen sie alle Blätter fallen und faulen leicht. Am
wohlsten fühlt sich die Pelargonie im Wohnzimmer, wo
sie beständig treibt und blüht. Haben die Pflanzen uns
berastigt den ganzen Winter hindurch erfreut, wobei man
allerdings hin und wieder mit Blumendünger etwas nach-
hilft, so verdienen sie im Frühjahr eine Umtopfung in
frischen Boden. Dabei darf man nicht verſäumen, die
Zweige gehörig einzukürzen, damit die Pflanzen nicht
stakelig aussehen, sondern hübsch buschig werden und einen
reichen Flor entwickeln. Besonders stark muß der Rück-
schnitt bei solchen Pflanzen vorgenommen werden, die in
ungeeigneten Räumen gestanden haben, wie das, wenn
man große Mengen Feupelargonien vom Balkon unter-
zubringen hat, die im übrigen ebenso behandelt werden,
wie die Scharlachpelargonien, unvermeidlich ist. Diese
können ruhig bis fast auf die Hauptstämme zurückge-
schnitten werden; läßt man ihnen auch nur 3—4 Neben-
zweige, etwa auf zwei Drittel ihrer Länge geschnitten,
so treiben und schlagen sie, bei geeigneter Befruchtung,
Wärme und Licht, freudig und üppig wieder aus. Die
abgeschnittenen Triebe können, sofern sie noch grün sind
und einige Blätter haben, leicht zu Stecklingen benutzt
werden. Sie werden sachgemäß zugeschnitten, bis über
das unterste entblätterte Auge, zusammen zu 4—6 Stück,
in einen genügend großen Topf mit guter Gartenerde
gesteckt, nicht zu tief, damit sie leicht Wurzel schlagen.
Etwas überbraust, erhalten die Stecklinge etwa 2 Wochen
lang einen schattigen Stand, aber warm. Den Beginn
des Wachstums zeigt die Wurzelbildung an. Man hebt



dann jeden einzelnen Steckling unter Zuhilfenahme eines
unten gegabelten Stäbchens oder mit den Fingern behut-
sam heraus und verpflanzt in kleine Töpfe mit guter,
lockerer, am besten mit Hirsenabermischter Erde und
hält die Töpfe den Winter über an einem hellen Plage
im Raume von 2—3 Grad C Wärme. Von Pelar-
gonien kann man übrigens jederzeit Stecklinge machen,
auch im Sommer, sie dann sogar im Freien an einem
halbschattigen Orte zur Bewurzelung bringen, auf irgend
einer Verdeckt mit nährhaftem Boden. Niemals aber ver-
mehrte man Pelargonien unter einer Glasglocke, da die
Stecklinge dann leicht faulen. Die englischen Pelargonien
vermehrte man am besten im Herbst; im Freien vermehren
sie aber nicht an, dürfen auch nicht an einen zu warmen
und sonnigen Ort kommen, vertragen auch einen starken
Rückchnitt nicht gut. Auch die buntblättrigen Pelar-
gonien, die man wohl meist nur zur Umrandung bei
der Teppichgärtnererei verwendet, sind etwas heisser. Sie
treiben, wenn sie in rasches Wachstum kommen, leicht
nur noch grüne Blätter. Will man besonders üppige
Exemplare von Scharlachpelargonien ziehen, so bringe
man die Stecklinge in kleinen Töpfen ins Mistbeet, wo
sie mit Düngen und Beschatten, wie Spitzeln, ohne daß
sie zu leicht Blattläuse entwickeln, bis zur Blüte wie
andere Warmhauspflanzen behandelt werden.

Lokales.

Einfißt in die Geschäftsbücher. Zur Festsetzung der Umsätze von Handwerken, die meist keine Bücher führen, können nach einem Entschluß des Reichsfinanzhofs deren Lieferanten gezwungen werden, den Finanzämtern Einfißt in ihre Geschäftsbücher zu gewähren.

Wohlfahrtsfonds von Kaufleuten. Sonderete ein Fabrikant aus seinem Vermögen einen Teil aus, um seine Angehörigen zu unterstützen, so darf nach einem Urteil des Reichsfinanzhofs die Steuerbehörde wegen dieser Aussonderung keine Schenkungssteuer erheben. Nach der aussonderte Vermögensteil bleibt im Eigentum des Gebers, was von besonderer Bedeutung für die Steuerbegünstigungen des Körperschaftssteuer- und Kapitalertragssteuer-Gesetzes ist.

Rückvergütung des Exporteurs. Eine Rückvergütung kann der Exporteur, wie der Reichsfinanzhof entschieden hat, auch für die Waren verlangen, die er nach dem Inkrafttreten des Umsatzsteuergesetzes von 1918 gezogen hat, selbst aber schon vorher während der Zeit der Wirksamkeit des Warenumschlagsteuergesetzes nach dem Gesetz vom 26. Juni 1916 versteuert mußte, weil der Grundgedanke des Steuergesetzes ist, niemals den Zwischenhändler schlechter als den Ausführenden zu stellen.

ep. Reichsbundestagung für christliche Erziehung. Der seit 1876 bestehende „Deutsche Bund für christlich- evangelische Erziehung in Haus und Schule“ wird vom 20.-24. April in Dessau für seine Vertreter und Mitglieder eine Reichsbundestagung halten. Unter den mitwirkenden pädagogischen Sachverständigen sind u. a. Univ.-Prof. Pfennigsdorf-Bonn, Frau Oberin v. Tilling R. Br. L., Lehrer Mohr-Gladstadt. Mit der Tagung verbunden sind Vorträge für die heranwachsende Jugend.

Keine Verbilligung der Zigaretten. Der Verein der Zigarettenfabrikanten teilt mit, daß die kürzlich

gemeldete Ermäßigung der Zigarettensteuer keine Verbilligung der Fabrikate bringen kann, weil es nur eine Verabfolgung der Steuererlässe ist, die durch die Erhöhung des Goldzollaufgelbes und die Verärmerung der Herstellungskosten längst bedingt wurde.

Handel und Verkehr.

Zollarkurs am 1. März 230 Mark.
Flugzuglinie: Stuttgart - Friburg - Bern. Am 1. April d. J. soll der Flugdienst Stuttgart - Friburg - Bern e. ö. f. n. werden.

Reutlinger Butter- und Käsebörsen, 1. März. Der in vergangener Woche von den Mitgliedern für Ware, die nach Orten außerhalb des Produktionsgebietes mit der Bahn verschickt wurde, erzielte Durchschnittspreis für ein Pfund ohne Verpackung ab Versandstation war einschl. der Verkäufe nach heutigem Börsendurchschnitt für Butter 35.71 (34.72) M., Gesamtumsatz 67.210 Pfd.; für Weichkäse mit 20proz. Fettgehalt 14.24 (13.54) M., Gesamtumsatz 464.226 Pfd.; für Allgäuer Rundkäse 19.89 (19.60) M., Gesamtumsatz 163.155 Pfd. Marktlage: Nachfrage für Butter und Allgäuer Rundkäse nach wie vor sehr gut, für Weichkäse gut.

Stuttgart, 1. März. An der hiesigen Industrie- und Handelsbörse am Mittwoch liegen die Preise weiter. Es notierten engl. Troffel, Wapp- und Pincois Nr. 20 160-165 (am 15. Febr. 135-140) M., Nr. 30 185-190 (167-172) M., Nr. 36 190-195 (170-175) M., Nr. 42 195-198 (172-177) M., Nr. 44 195-200 (174-179) M. je das Kilo. Von Baumwollgeweben kostete Creionnes 27.50-28 (23-23.95) M., Renjores 25-26 (22-22.50) M., glatte Gattune oder Croises 23-24 (20-20.50) M., je das Meter. Nächste Börse: 15. März.

Stuttgart, 28. Febr. Dem Schlachtviehmarkt am Dienstag auf dem hiesigen Vieh- und Schlachthof waren zugeführt: 38 Ochsen, 14 Bullen, 115 Jungbullen, 114 Jungrinder, 207 Rinde, 293 Kälber, 495 Schweine, 35 Schafe und 2 Aiccen, die sämtlich ver-

kauft wurden. Erlöst wurden aus 1 Jtr. Lebendgewicht: Ochsen erste Qualität 1350-1450, zweite 930 bis 1180, Bullen erste 1240-1340, zweite 880-1100, Jungrinder erste 1340-1460, zweite 1100-1200, dritte 970-1080, Rinde erste 980-1090, zweite 750-900, dritte 520-670, Kälber erste 1680-1740, zweite 1530 bis 1630, dritte 1350-1480, Schweine erste 1880 bis 1980, zweite 1750-1850, dritte 1550-1680 M. Verkauf des Marktes: Bei Großvieh langsam, bei Kälbern und Schweinen mäßig belebt.

Heilbronn, 28. Febr. Der hiesige Pferdemarkt war wesentlich schwächer belebt als im Vorjahr. Es standen gegen 400 Tiere zum Verkauf, meist schweren und mittelschweren Schlags. Der Handel ging schleppend infolge der hohen Preise. Im Einzelnen wurden bis zu 75.000 M. für ein Pferd bezahlt.

Gerabronn, 1. März. Milchschweine waren zugeführt 125 Stück, verkauft wurden 125 Stück zum Paarpreis von 1050-1400 M., Käufer waren zugeführt 4 Stück, verkauft 4 St. zum Stückpreis von 900 M. Der Handel war lebhaft.

Karlsruhe, 27. Febr. Zufuhr zum Viehmarkt 236 Stück: 40 Ochsen, 27 Färsen, 13 Rinde, 65 Färsen, 23 Kälber, 118 Schweine. Preis für den Jtr. Lebendgewicht: Ochsen erste Sorte 1500-1600, zweite 1450-1500, dritte 1400-1450, vierte 1300-1400; Färsen erste 1450-1500, zweite 1400-1450, dritte 1300-1400; Rinde und Färsen erste 1500-1600, zweite 1200-1300, dritte 1400-1500, vierte 1300-1400, fünfte 700-900; Kälber dritte 1500-1550, vierte 1400-1500, fünfte 1350-1400 M. Schweine von 240 bis 300 Pfd. 1900-2000 M., von 200-240 Pfd. 1800-1900 M., von 160-200 Pfd. 1700-1800 M., von 160 Pfd. 1650-1700 M., Säuen 1600-1650 M. Unter dem Großvieh befanden sich 14 Stück aus Ungarn. Tendenz des Marktes: langsam. Der Markt wurde nicht geräumt. Beste Qualität über Notiz bezahlt.

Zur Brennholznot!

Bei der am letzten Freitag stattgefundenen Holzversteigerung sind weitere Preistreiberien verhindert worden auf die dringenden Zureden des Herrn Stadtschultheißen Böhner, es komme noch genügend Brennholz zur Versteigerung, sodas jeder Bewohner seinen Bedarf zu annehmbarem Preis decken könne.

Nun ist an dieser Stelle schon wiederholt über die hohen Holzpreise auf der letzten Versteigerung geklagt worden. Es erscheint deshalb notwendig der Öffentlichkeit Klarheit zu geben, wie weit die letzten Erlöse hinter den Marktpreisen, die in Klammer beigefügt sind, zurückbleiben.

Es wurde bezahlt:

für 1 Rm. Nadelholzbruch 105 M. (325 M.)
" 1 " buchene Scheiter 180 M. (581 M.)
" 1 " " Prügel 170 M.

(Verkaufserlös nicht vorhanden).

Für etwa 60 bei der Versteigerung Anwesende reichte die ausgetobene Brennholzmenge nicht aus. Diesen ist beim nächsten Verkauf Gelegenheit gegeben sich einzudecken.

In anderen Gemeinden z. B. Calw liegen die Verhältnisse nicht so günstig wie hier. Dort erhalten Minderbemittelte lediglich Nadelholz zum Preise von 150 M. je Rm. Buchenes Brennholz wird meistbietend versteigert. Calmbach gibt ebenfalls Holz nur an Minderbemittelte zu einem annehmbaren Preise ab, nachdem zuvor eine Aufnahme des Brennholzpotentials stattgefunden hat.

Im Jahr 1921 wurden im Stadtwald im Ganzen 15000 Rm. gehauen. Hierunter waren 5000 Rm. Brennholz. Mit anderen Worten: 33% des Holzansalles war Brennholz. Nun läßt sich aber der Brennholzanteil in einem geordneten Forstbetrieb nicht beliebig vermehren. Es beträgt bei uns 20% des Stammholzansalles. Soweit der Anfall an Brennholz 20% der Gesamtmasse übersteigt, wurde Langholz zu Brennholz zersägt. Damit vollziehen wir eine sehr wesentliche Wertminderung. Denn 1 Rm. Stammholz ist etwa 315 M. wert, 1 Rm. Brennholz nur 43 M. (nach den Preisen des letzten Jahres berechnet). An jedem Festmeter Brennholz, der über das normale Maß hinaus geliefert wird, hat die Stadtkasse einen Verlust von 272 M.

Die verstärkte Aufbereitung von Brennholz hat der Stadtkasse im Jahr 1921 einen Verlust von ca. 640.000 M. gebracht.

Solche Aufwendungen kann die Stadt natürlich auf die Dauer nicht leisten. Dabei muß die Stadt neben der Versorgung des Einwohners auch die Gasfabrik mit erheblichen Mengen Brennholz zur Streckung der Kohlenvorräte beliefern, damit Gas geliefert werden kann. In den letzten Jahren ließ sich die Sache durchführen, weil sehr viel mehr Holz genutzt wurde, als den normalen Verhältnissen entsprach. Auch der Holzreichtum des Waldes ist nicht unerschöpflich. Nun muß man weiter bedenken, daß erhebliche Mengen des zugewiesenen Holzes ansatt in den Haushaltungen verwendet zu werden mit Vorteil an den Papierholz- und Brennholzhändler veräußert wurden. Wenn natürlich so mit dem zugewiesenen Brennholz umgegangen wurde, darf es nicht wunder nehmen, daß der Brennholzvorrat vielfach sehr gering ist. Nun wäre es naheliegend gewesen, nur die Minderbemittelten mit Brennholz zu versorgen. Mit diesem Vorgehen wären natürlich diejenigen, denen kein Brennholz zugewiesen worden wäre, nicht zufrieden gewesen und hätten sich wohl bitter beklagt.

Den sich widerstrebenden Interessen glaubte der Gemeinderat am besten dadurch Rechnung tragen zu können, daß für die hiesigen Bürger besondere Verkäufe stattfinden mit Ausbot des Holzes zu ermäßigtem Preis (für Nadelholz 80 M. je Rm., für Eblh. 100 M. je Rm.), wobei Händler ausgeschlossen sind und Weiterveräußerung des Holzes verboten ist. Solche Verkäufe haben sich anderwärts und hier bewährt. Die beim letzten Verkauf erzielten Preise sind in anderen nicht wohl-

habenden Gegenden des Landes im letzten Winter schon bezahlt worden. Die Hauptsache ist nur die, daß die Einwohner von Wildbad so viel Zurückhaltung bei den Verkäufen beobachten, daß sie sich selbst nicht das Holz teuer machen und einer nach dem andern kein Holz kaufen.

Angstkäufe im Brennholz sind durchaus unangebracht. Im Gegenteil ist damit zu rechnen, daß die Brennholzpreise mit dem Eintreten des Frühjahrs erheblich zurückgehen.

Wildbad, den 1. März 1922.

Stadt. Forstamt.

Nächster Woche treffen für uns

Kartoffeln

ein. Bestellungen nehmen bis Samstagabend unsere Verkaufsstellen entgegen. Nachzügler werden nicht berücksichtigt. Zuteilung des Quantums behalten wir uns vor.

Preis pro Jtr. 110 M. ab Bahnhof.
Consumverein.

Infolge Veränderung der Ladeneinrichtung ist unser Geschäft am

Freitag geschlossen.

Med.-Drogerie A. u. W. Schmit.

Dankfagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme an dem Gangan unserer lieben, unvergesslichen Schwester, Schwägerin und Tante

Fräul. Friederike Gaus,

für die trostreichen Worte des Herrn Stadtpfarrer, für den erhebenden Gesang des Liederkranzes, sowie den Schulkameraden und Schulkameradinnen und allen, welche sie zur letzten Ruhe begleiteten und sie mit Kranzspenden und Gaben so reichlich beschenkten, sagen wir auf diesem Wege unseren herzlichsten Dank.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Mieterverein Wildbad.

Am Freitag, den 3. März abends 8 Uhr findet im Saale der „Alten Linde“ eine

Versammlung

statt.

Referent: Herr Reg.-Baumeister Eckert aus Stuttgart.

Thema: Das Reichsmietengesetz. Wohnungsabgabe.

Es ergeht an alle Mieter von Wildbad freundliche Einladung. Freie Diskussion. Eintritt frei.

Der Ausschuß.

Metzger-Innung Neuenbürg-Wildbad.

Infolge weiterer Steigerung der Viehpreise sehen sich die Metzger genötigt, vom 4. März ds. Js. ab die Fleischpreise wie folgt festzusetzen:

Ochsenfleisch	23 Mk.
Kalbfleisch	23 Mk.
Schweinefleisch	26 Mk.

Verein ehemaliger Soldaten und Kriegsteilnehmer.

Zu der am 1. und 2. April 1922 in Ulm stattfindenden

Regiments-Zusammenkunft ehemaliger 127er

ist Einladung an unseren Verein ergangen. Interessenten erfahren Näheres beim Vorstand.

Linden - Lichtspiele

Samstag abend 8 Uhr

Sonntag nachm. 4 Uhr u. abends 8 Uhr

Das große Pracht-Filmwerk:

„Herzogin Satanelle“

Ein Spiel von der Liebe Lust und Leid in 6 großen Akten

In der Hauptrolle die bildschöne Lucie Doraine

Als Beiprogramm:

Was hat er denn?

Lustspiel in 2 Akten.

60 Rm. Brennholz

(forche oder tanne)

7 cm Mindest-Durchmesser zu kaufen gesucht.
Ludwig Knaupp.

Klavierstimmer und Reparatuer.

Stimmungen und Reparaturen werden gut und gewissenhaft zu mäßigen Preisen ausgeführt.

Eugen Schluchter, Heilbronn

z. Zt. in Wildbad, Hotel gold. Ochsen.

Aufträge werden im Hotel gold. Ochsen entgegenge-